

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 22.11.11

Sitzung Nr. 11 Ö	am Dienstag, 22. November 2011
-------------------------	---------------------------------------

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Geider Adolf Köck Siegfried

Götzmann Walter Pfeiderer Susanne

Haffner Gerhard Rehorst Tobias

Hanke Dr. Paul Rössler Beate

Hecker Roland Runde Anneliese

Heger Roman Schell Achim

Heger Rudi Speckert Benjamin

Heim Andrea Speckert Ferdinand

Herling Michael Stegmüller Reino

Ittensohn Karl Vetter Theo

Klemenz Birgit Weinlein Albert

Protokollführer: Helmut Braun

Gäste: Peter Dietz, Werner Kleiber, Harry Zorn, Claudia Becker, Elke Haußmann, Markus Kreibiehl (bei TOP 5), Elke Ott (bei TOP 7), Klaus Spahn, Büro Schneider & Zajontz (bei TOP 5), Dr. Gunther Quidde, IHK Rhein-Neckar (bei TOP 6), Ralf Freiseis Büro Zieger-Machauer (bei TOP 7)

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 22:10 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 14.11.2011 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 22 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: keine

Es fehlen unentschuldigt: keine

Bei Eintritt in die Tagesordnung informiert **Bürgermeister Dr. Eger**, dass zur Ausschusssitzung des Ausschusses Umwelt und Technik am kommenden Dienstag der gesamte Gemeinderat eingeladen ist und davon ausgegangen wird, dass der gesamte Gemeinderat teilnimmt.

Sitzung am: Dienstag, 22. November 2011 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 1
Bekanntgabe der am 25. Oktober 2011 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse	
Offenlage der öffentlichen Sitzungsprotokolle vom 25. Oktober 2011	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger gibt die in der Sitzung am 25. Oktober 2011 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

- Neubesetzung einer Stelle in der Gemeindekasse nach Ausscheiden des bisherigen Mitarbeiters.

Sitzung am: Dienstag, 22. November 2011 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
Bestellung von Urkundspersonen	

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden die Herren Gemeinderäte Michael Herling und Karl Ittensohn als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 22. November 2011 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 3
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	

Ausführungen und Beschluss:

Herr Reinhard Merx, St. Leon-Rot, erinnert an seine Anfrage in der letzten Gemeinderatssitzung wegen des Abholzens im Bereich des Autobahnparkplatzes Mönchsberg. Er fragt, ob sich die Verwaltung inzwischen zu den Hintergründen informiert hat.

In seiner Antwort weist **Bürgermeister Dr. Eger** darauf hin, dass es sich um Staatsforst handle, dessen Bestand 110 Jahre alt sei und deshalb beförstert wurde. Die Verwaltung habe schriftlich beim Förster und beim Forstamt die Vorgehensweise moniert und künftig um rechtzeitige Information im Vorfeld gebeten. Es wäre denkbar gewesen, das Abholzen in mehreren Abschnitten durchzuführen. Auf jeden Fall werde wieder aufgeforstet.

Herr Merx ist mit der Antwort unzufrieden und weist darauf hin, dass es lange brauche, bis der Wald nach der Beförstertung wieder dicht werde. Es betreffe nicht nur ihn sondern das gesamte Wohngebiet.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass es darum gehe, die Angelegenheit sachlich darzustellen, nicht den Staatsforst zu verteidigen.

Laut **Herrn Reinhard Merx** habe er erwartet, dass dort eventuell ein Lärmschutz angebracht werde.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass sich der Gemeinderat mit diesem Thema schon in seiner letzten Klausurtagung auseinandergesetzt habe. Es sei zunächst nicht Aufgabe der Gemeinde, dort für Lärmschutz zu sorgen, dafür seien in aller erster Linie Land und Bund zuständig.

Bürgermeister Dr. Eger bietet **Herrn Merx** an, das Thema bei einem weiteren Gesprächstermin zu vertiefen.

Sitzung am: Dienstag, 22. November 2011 Nr. 11 Ö

Tagesordnungspunkt: 4

Abbruch Hallenbad Rot

Hier: Auftragsvergabe

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

In der Aussprache wird auf die Erfahrung mit der günstigsten Bieterin beim Abbruch des Faulturms hingewiesen und davon ausgegangen, dass diesmal die Massen genauer ermittelt werden. Es wird außerdem nach dem Unterschied zwischen Neben- und Hauptangebot gefragt. Weiter wird angeregt, den Gemeinderat bei Auftragsüberschreitungen rechtzeitig zu informieren. Aufgrund der Erfahrung mit der Firma wird gebeten darauf hinzuwirken, dass eine abgeschlossene Absicherung der Baustelle nahe der Schule erfolgt.

Auf Vorschlag von Bürgermeister Dr. Eger beschließt der Gemeinderat einstimmig folgenden ergänzten Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, den Auftrag für den Abbruch des Hallenbades Rot an die Firma Münzner Bau aus Karlsruhe zur vorläufigen Auftragssumme in Höhe von 136.850,00 € zu erteilen.

Absehbare Auftragsüberschreitungen sind dem Gemeinderat unverzüglich zur Kenntnis zu geben. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2012 einzustellen.

Sitzung am: Dienstag, 22. November 2011 Nr. 11 Ö

Tagesordnungspunkt: 5

Neuerlass der Abwassersatzung der Gemeinde St. Leon-Rot

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt **Geschäftsführer Klaus Spahn**, Firma Schneider & Zajontz GmbH.

Geschäftsführer Spahn hält Sachvortrag entsprechend der dem Protokoll beigefügten PowerPoint-Präsentation.

Bürgermeister Dr. Eger dankt **Herrn Spahn** und seinen Mitarbeitern für die Arbeit und schließt die Mitarbeiter beim Bauamt mit ein.

Gemeinderat Karl Ittensohn dankt anfangs seiner Stellungnahme den Mitarbeitern der Verwaltung, die dieses Projekt unterstützt haben. Er geht darauf ein, dass der Vortrag gezeigt habe, dass die Abwassergebühr auf 2,38 € angestiegen ist, ohne dass der Gemeinderat informiert wurde oder darüber beschlossen hat. Dies könne seine Fraktion nicht akzeptieren. Trotzdem bleibe seiner Fraktion nichts Anderes übrig, als die neue Abwassersatzung und damit die Gebühr auf den Weg zu bringen.

In seiner Antwort erklärt **Herr Spahn**, dass er seiner Erinnerung nach auch in St. Leon-Rot darauf hingewiesen habe, dass über die Höhe der Gebühr erst informiert werden könne, wenn die Kalkulation erfolgt ist. Weiter sei zu erwähnen, dass durch die Änderung Verschiebungen bei den Belastungen der Grundstückseigentümer auftreten können. Basis seien die Zahlen von 2010 bis 2012, die zu der Gebühr geführt hätten, die lediglich kostendeckend kalkuliert wurde. Seiner Meinung nach werde die Neuberechnung der Gebühr unter dem Aspekt betrachtet, ob ein Bürger eine Mehr- oder Minderbelastung zu erwarten habe.

Gemeinderat Albert Weinlein sieht in seiner Stellungnahme den Vorteil für die Mehrheit der Gebührenzahler, bei denen die neue Abwassergebühr zu geringerer Belastung führen wird. Der neue Maßstab sei gegenüber dem bisherigen als gerechter anzusehen, weshalb seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen könne.

Gemeinderat Dr. Paul Hanke weist darauf hin, dass die gesplittete Abwassergebühr auf einem Gerichtsurteil beruhe, bei dem Rechthaberei statt gegeben wurde. Für seine Fraktion beinhaltet die Umstellung der Abwassergebühr Ungerechtigkeiten für die Grundstücke in den alten Ortskernen, weil diese aufgrund der früheren Nutzung stark versiegelt sind. Abschließend sei zu monieren, dass der Gemeinderat den neu ermittelnden Gebührentatbestand zu beschließen habe.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass Gerichtsurteile auf der Basis von geltenden Gesetzen ergehen. Die Folge der getrennten Abwassergebühr seien nicht nur Benachteiligungen sondern auch Vorteile für Bürger. Aufgabe der Gemeinde sei es, eine rechtmäßige Gebühr zu ermitteln unabhängig davon, ob es im Einzelfall positiv oder negativ ausfalle.

Auch **Gemeinderat Roland Hecker** geht in seiner Stellungnahme auf die im Ortskern befindlichen früher bäuerlichen Anwesen, die stark versiegelt sind. Unter Abwägung der Vor- und Nachteile sei seine Fraktion zu der Überlegung gekommen, der neuen Berechnungsgrundlage zuzustimmen. Stärker Belastete hätten die Möglichkeit, die Versiegelung auf dem Grundstück zu verändern und damit die Belastung zu verringern.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass die genannten Beispiele sich ändern können, wenn die angesprochenen Grundstücke eine andere Nutzung als durch eine Person erfahren.

Gemeinderätin Andrea Heim sieht für ihre Fraktion die Notwendigkeit, die kostendeckende Gebühr zu erheben. Zu bedauern sei, dass es dabei auch Gebührenzahler gebe, die gegenüber früher stärker belastet werden. Sie signalisiert die Zustimmung ihrer Fraktion zum Beschlussvorschlag.

Gemeinderat Karl Ittensohn sieht als Basis das Verursacherprinzip, auf dessen Basis die neu ermittelnden Kosten verteilt werden. Betroffen seien auch die Grundstücke im Ortskern, die durch ihre frühere Nutzung stärker versiegelt wurden. Forderung seiner Fraktion sei es gewesen, dass solche Grundstücke möglichst nicht stärker belastet werden. Er fragt, ob dargestellt werden könne, wie viel Prozent höher bzw. niedriger belastet werden. Er sehe keine Möglichkeit, massiv Flächen zu entsiegeln, zumal Folge sein könne, dass Abwasserkanäle bei geringem Niederschlag zu spülen sind.

Herr Spahn informiert, dass er die prozentuale Verteilung von Mehr- oder Minderbelastungen nicht darstellen könne, weil die Veranlagung durch die Gemeinde noch nicht erfolgt ist. Er geht auf das Beispiel der Grundstücke in den Ortskernen ein, die aufgrund früherer Nutzung stark versiegelt sind und nur durch eine Person bewohnt werden. Anhand eines Beispiels wird dargestellt, dass bei einer als extrem hohen Versiegelung eines solchen Grundstücks von 400 qm eine Mehrbelastung von ca. 62 € pro Jahr entstehen kann. Allerdings ist aufgrund der örtlichen Gegebenheiten eine solch hohe Versiegelung wohl nicht gegeben.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass beim Einfamilienhaus die Versiegelung etwa 150 qm betragen. Das gebildete Beispiel könnte man durchaus als Extremfall bezeichnen, bei dem für den Betroffenen immer noch die Möglichkeit bestehe, zu überlegen, ob eventuelle Änderungen wirtschaftlich darstellbar sind.

Der Gemeinderat fasst mit 17 Ja-Stimmen, bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung, folgenden Beschluss:

1. **Der Gemeinderat nimmt die vorgelegte Gebührenkalkulation zustimmend zur Kenntnis.**
2. **Die Abwassergebühren werden rückwirkend zum 01.01.2010 (§ 42 der Satzung) wie folgt geändert:**

Schmutzwassergebühr	1,93 €/m ³
Niederschlagswassergebühr	0,20 €/m ²
3. **Der Gemeinderat beschließt die Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung gemäß Anlage 1 Abschnitt I und V und die §§ 46 und 49 Abs. 2 des Abschnitts VI dieser Satzung treten rückwirkend zum 01.01.2010 in kraft. Die Abschnitte II – IV sowie die §§ 47 und 48 sowie § 49 Abs. 1 des Abschnitts VI treten zum 01.01.2012 in kraft.**
Jeweils gleichzeitig mit dem Inkrafttreten dieser Satzung nach Abs. 1 tritt die Abwassersatzung - AbwS- vom 23.10.2007 außer kraft.

Sitzung am: Dienstag, 22. November 2011 Nr. 11 Ö
Vorstellung des Ergebnisses der IHK, Kommunalumfrage 2011

Tagesordnungspunkt: 6

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt den Referenten und weist darauf hin, dass die Gemeinde aufgrund niedriger Gebühren- und Hebesätze günstige Rahmenbedingungen für Gewerbe und Industrie bietet.

Dr. Gunther Quidde, IHK Rhein-Neckar, hält Sachvortrag anhand der Power-Point-Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigelegt ist. Er geht dabei auf die Basis der Befragung der IHK ein, die seit 2 Jahren relativ regelmäßig erfolgt. In seinen Ausführungen spricht **Dr. Quidde** die in den Antworten enthaltenen positiven und negativen Bewertungen an, wobei der ÖPNV negativ betrachtet werde.

Bürgermeister Dr. Eger und **Gemeinderat Siegfried Köck** weisen darauf hin, dass die vom Gemeinderat beschlossene Verbesserung der Linie 719 mit der Taktverdichtung zum Bahnhof Rot/Malsch, der Anbindung der Erholungsanlage St. Leoner See und des Bahnhofs Neulußheim dabei wohl noch nicht berücksichtigt ist. In seinen weiteren Ausführungen geht **Dr. Quidde** auf die Punkte ein, die negativ beurteilt wurden.

Gemeinderat Karl Ittensohn ist verwundert, dass die Leistungsfähigkeit des Schienenfernverkehrs so negativ beurteilt wurde, weil die Gemeinde auch nicht schlechter daran angeschlossen sei, als andere Kommunen. Die schlechte Bewertung zum Thema „Heimat“ sei wegen der starken Lärmbelastung der Gemeinde durch die Autobahnen nachvollziehbar.

Dr. Quidde erläutert, dass er dies auch nicht entgeltlich beurteilen könne. Daraus resultiere für die IHK, dass bei der nächsten Umfrage bei diesem Thema stärker differenziert werde und die einzelnen Faktoren wie S-Bahn abgefragt werden.

Gemeinderat Roland Hecker fragt, ob die Fragebogen eher von kleinen oder von größeren Unternehmen zurückgegeben wurden.

Dr. Quidde stellt dies anhand der Unternehmensmerkmale dar, die in der Auswertung der Umfrage enthalten sind. Danach kam mit 21 Fragebogen die Mehrzahl von Firmen zurück, die bis 9 Mitarbeiter aufweisen. Auf den Begriff „Heimat“ eingehend, erklärt **Dr. Quidde**, dass auch im Vergleich zu anderen Kommunen dieses Thema für den Handel positiv besetzt ist. Aus den frei formulierten Antworten könne für die Wohnqualität ein positives Ergebnis festgehalten werden. Beim Thema Wirtschaftsförderung könne die Information in die Unternehmen hinein verbessert werden. Dazu könne dienen, den Unternehmen das Ergebnis der Umfrage mitzuteilen. Bei der Frage zur Telekommunikation gehen hinsichtlich Bedeutung und Zufriedenheit die Meinun-

gen auseinander. Eher werde die Zukunft Handlungsbedarf hinsichtlich schnellerer Verbindung bringen.

Bürgermeister Dr. Eger bedankt sich bei **Dr. Quidde** für das Arrangement der IHK und weist darauf hin, dass auf dem Gebiet der Telekommunikation in St. Leon-Rot schnelle Verbindungen vorhanden sind.

Bauamtsleiter Kleiber ergänzt, dass die Telekom nicht flächendeckend dazu in der Lage sei, schnelle Internetzugänge anzubieten. Dieses Angebot von Kabel BW bestehe inzwischen auch für Gewerbebetriebe.

Gemeinderat Albert Weinlein spricht eine Broschüre mit kommunalen Daten an, die auch Vergleiche zwischen den Kommunen beinhalte. Er schlägt vor, dass die IHK diese Broschüre zur Verfügung stelle.

Dr. Quidde sagt zu, die Dokumentation der Hebesätze und der Kommunalfinanzen zu übermitteln.

Gemeinderat Tobias Rehorst spricht das in der Umfrage angesprochene Herbstfest eines Gewerbetreibenden an und fragt, welche Lösungsmöglichkeiten für das Problem gesehen werden.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass er mit dem betroffenen Gewerbetreibenden gesprochen habe. Durch die Gewerbeausstellung des Gewerbevereins habe der Gewerbetreibende sich dieser Veranstaltung anschließen können. In diesem Jahr habe man auch eine Lösung gefunden, zumal der subventionierte Verkauf von Getränken und Speisen nicht erfolgte.

Dr. Quidde spricht der Verwaltung ein Lob deswegen aus, weil dieser aufgrund einer Freitext-Information sofort reagiert habe und auf den Gewerbetreibenden zugegangen sei.

Gemeinderat Tobias Rehorst geht auf die Wirtschaftsförderungen ein und regt an, ähnlich wie in anderen Kommunen einen Mitarbeiter einzustellen, der speziell dafür zuständig ist.

Bürgermeister Dr. Eger sieht die Wirtschaftsförderung derzeit in guten Händen, diese könne trotzdem noch intensiviert werden. Er halte einen eigenen Wirtschaftsförderer für nicht erforderlich, weil in Gemeinden unserer Größenordnung von Gewerbe und Industrie erwartet werde, dass der Bürgermeister als Ansprechperson zur Verfügung steht.

Mit dem Dank an **Dr. Quidde** schließt **Bürgermeister Dr. Eger** den Tagesordnungspunkt.

Gemeinderat Benjamin Speckert stellt abschließend für seine Fraktion fest, dass sie mit der Bewertung „nicht städtisch“ nicht unzufrieden sei.

Sitzung am: Dienstag, 22. November 2011 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
Projektentwicklungsplan für die Gestaltung der Friedhöfe in St. Leon-Rot	
Begehung am 7.6.2011	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt **Herrn Freiseis** vom Büro Zieger-Machauer und erinnert an den Ortstermin, in dem dem Gemeinderat die Planung erstmals vorgestellt wurde. Es gehe um einen Rahmenplan, der die Richtlinie geben soll, an dem sich einzelne Maßnahmen ausrichten sollen, um auf den Friedhöfen ein einheitliches Bild zu ergeben.

Herr Freiseis hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und stellt die Vorhaben anhand der Bestandspläne und der Rahmenpläne vor.

Gemeinderat Karl Ittensohn bedankt sich für die Unterlagen, die auf einer Anregung aus dem Gemeinderat zur Sanierung der Wege beruhen. Anfang des Jahres seien die vorliegenden Pläne vor Ort vorgestellt und erläutert worden. Seine Fraktion halte diese Ausarbeitung für gelungen. Seine Fraktion stelle sich die Frage, ob und wie die Planung umgesetzt werden könne. Es sei zu überlegen, ob dies schrittweise und eventuell in abgespeckter Version erfolgen kann, weil die Gesamtinvestitionen rund 1,2 Millionen € betragen. Wichtig sei auch die Frage, inwieweit die Aufwendungen in die Gebührenkalkulation einfließen. Die neue Planung sehe eine Ausweitung der Bäume und Grünflächen vor, aber bereits heute gebe es Probleme, die Rasengräber zu pflegen.

Er signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion und weist darauf hin, dass die einzelnen Abschnitte zumindest in den jeweiligen Haushaltsberatungen vorher besprochen werden sollen.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass aufgrund der hohen Investition vorgeschlagen werde, die Maßnahme in fünf Abschnitten zu realisieren und diese Abschnitte könnten auch auf einen längeren Zeitraum verteilt werden. Darüber könne jeweils bei den Haushaltsberatungen diskutiert und über die Umsetzung entschieden werden. Auch die Änderung der Bestattungsformen spricht dafür, dies in zeitlichen Abständen anzupassen. Hinsichtlich der Pflege könne bei Umsetzung der Maßnahmen optimiert werden.

Gemeinderat Gerhard Haffner ist erfreut, dass die bei der Ortsbesichtigung gegebenen Anregungen in die vorliegenden Pläne eingeflossen sind. Wegen der hohen Kosten können die vorgeschlagenen Maßnahmen auch auf 10 Jahre verteilt werden, wobei Änderungen einfließen können. Er spricht die Transportwagen an, die sich nicht immer dort befinden, wo sie sollten. Deshalb sollte eine Lösung analog Einkaufswagen gesucht werden, dass diese an den Standort zurückgebracht werden. Eventuell können auch Handbesen und kleine Schaufeln vorgehalten werden.

Gemeinderat Benjamin Speckert spricht die hohen Kosten an, die wenn auch über einen längeren Zeitraum in die Gebühren einfließen. Da ihrer Meinung nach die Friedhöfe auch heute schon ansehnlich gestaltet sind, sollte man sich bei den vorgesehenen Maßnahmen darauf beschränken, die desolaten Wege in Ordnung zu bringen. Er sieht die Gefahr, dass es bei der vorgesehenen Umgestaltung der Friedhöfe, auch wenn sie über 10 Jahre verteilt ist, negative Rückmeldungen aus der Bevölkerung kommen. Er bezeichnet die vorliegenden Pläne als Rahmenpläne, in die auch neue Bestattungsformen wie zum Teil schon dargestellt einfließen kön-

nen. Er bittet darum, die Investitionen langfristig anzugehen, um die Gebühren stabil zu halten.

Standesbeamtin Elke Ott bestätigt, dass die Investitionen auf 25 Jahre Abschreibungszeitraum verteilt in die Gebühren einfließen. Auslöser für die Planung waren der desolate Zustand und die unterschiedlichen Beläge der Wege. Es sei klar, dass dies nicht gleich umgesetzt werden kann, jedoch habe man eine Planung haben wollen, an der man sich in den kommenden Jahren hinsichtlich Grabfelder usw. ausrichten kann. Sie informiert, dass die Urnenbestattungen in St. Leon 40 - 50 %, in Rot rund 25 % der Bestattungen ausmachen. Doppelgräber werden nicht mehr nachgefragt, Tiefgräber schon eher sowie Rasengräber.

Gemeinderat Rudi Heger weist darauf hin, dass die neuen Bestattungsformen Änderungen der Einteilung und Wegeführung mit sich bringen werden. Die Sanierung der Wege müsse angegangen werden, weil die Benutzer zum Teil Schwierigkeiten haben, diese zu begehen. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu und sehe auch die Möglichkeit, in Zukunft bei den Haushaltsberatungen finanziell steuernd zu handeln.

Gemeinderätin Beate Rössler zeigt sich für ihre Fraktion zufrieden mit der vorliegenden Planung und regt an, nicht nur die Wege zu sanieren, sondern auch Beregnungsanlagen für die Rasengräber vorzusehen. Aus ihrer Sicht sei es auch wichtig, einen Halbtags-Mitarbeiter einzustellen, der speziell für die Friedhöfe zuständig ist. Sie signalisiert Zustimmung zur Vorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Planung zur Kenntnis und stimmt der von der Verwaltung überlegten Vorgehensweise zu den 5 Abschnitten zu. Der Masterplan wird für beide Friedhöfe nach den vorgelegten Entwürfen zunächst durchgeführt. Jedoch wird die Verwaltung beauftragt, im Rahmen der Haushaltsberatungen die Kosten jeweils anzupassen und neu zu definieren und über eventuelle neue oder aktualisierte Planungsüberlegungen den Gemeinderat in den jeweiligen Haushaltsberatungen zu unterrichten.

Sitzung am: Dienstag, 22. November 2011 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
Erlass der Haus- und Badeordnung Hallenbad St. Leon-Rot	- 591. -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Siegfried Köck signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion. Er regt Ergänzungen zur Haus- und Badeordnung an, die in die Badeordnung eingearbeitet werden sollen. Er übergibt die schriftlich fixierten Anregungen; diese sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Bürgermeister Dr. Eger schlägt vor, die drei ersten Anregungen wie Abfall Außenanlagen, Vorzeigen Eintrittskarten und Zutritt mit offenen Wunden aufzunehmen, bei den anderen habe er Bedenken, ob dies sinnvoll ist.

Die **Gemeinderäte Achim Schell, Michael Herling und Andrea Heim** stimmen für ihre Fraktionen dem Beschlussvorschlag zu. **Gemeinderat Herling** fragt wegen des enthaltenen Passus, wonach u.a. Rollstuhlfahrer nicht mit ihrem Rollstuhl in die Schwimmhalle dürfen, ob im Bad Rollstühle zur Verfügung gestellt werden,

Betriebsleiter Braun antwortet, dass wasserfeste Rollstühle bereitgestellt werden.

Ortsbaumeister Dietz informiert nach Anfrage, dass der derzeitige Terminplan davon ausgeht, dass das Bad bis zum 31.12.2011 fertig gestellt wird. Derzeit laufen die Fliesenarbeiten, Mess-, Steuer- und Regeltechnik ist in Bearbeitung, morgen sollen die Becken erstmals gefüllt werden, um Rohre etc. durchzuspülen. Die restlich anstehenden Arbeiten wie Anbringen Wasserattraktion etc. werden bis zum Ende des Jahres durchgeführt.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die Eröffnung Mitte Januar, voraussichtlich 19. erfolgen soll, wenn das Bad fertig ist.

Bürgermeister Dr. Eger stellt den Verwaltungsvorschlag mit den Änderungen zu Punkt 1.5, 2.3 und 2.6 zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst mit 18 Ja-Stimmen, bei 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Haus- und Badeordnung für das Hallenbad St. Leon-Rot wird mit den Änderungen erlassen. Sie tritt zum 1. Januar 2012 in Kraft.

Sitzung am: Dienstag, 22. November 2011 Nr. 11 Ö	Tagesordnungspunkt: 9
Verschiedenes	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass die Buslinie 729 eingerichtet wird. Der Kreis habe den Zuschuss beschlossen, außerdem sei die Konzession erteilt worden.

Zum Fahrradweg am Harres informiert **Bürgermeister Dr. Eger** dass dort noch eine Markierung aufgebracht wird.

Zur Zufahrt zum Kindergarten St. Raphael über den Parkring informiert **Bürgermeister Dr. Eger**, dass dem Lieferanten für das Mittagessen eine Sondergenehmigung erteilt wurde, damit das Essen warm geliefert werden kann. Es sei darauf zu achten, dass die Schranke geschlossen wird.

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Siegfried Köck erinnert an seinen im Ausschuss Umwelt und Technik geäußerten Wunsch, den Weg hinter dem Friedhof Rot mit Splitt zu versehen. Er fragt, ob dafür ein Haushaltsansatz erforderlich wird oder dies aus dem laufenden Etat erfolgen kann.

Er spricht weiter seine Information in der September-Sitzung des Ausschusses Umwelt und Technik an, wonach hinter dem Wagner See große Baureste liegen, die eine Gefahr darstellen, wofür die Gemeinde haften könne.

Gemeinderat Siegfried Köck bedauert persönlich, dass die für die Haushaltsberatung 2012 vorgesehene Klausurtagung abgesagt wurde.

Bürgermeister Dr. Eger sagt zu, dass geklärt werde, ob das Splitten aus dem Haushalt oder mit einem neuen Ansatz zu erfolgen hat.

Gemeinderat Walter Götzmann berichtet, dass er im neuen Hallenbad war. Dabei habe er eine Abtrennung zwischen dem Planschbecken für Kleinkinder und dem Schwimmerbecken vermisst. Dies sei seiner Meinung nach für die Sicherheit der Kinder notwendig.

Betriebsleiter Braun informiert, dass zwischen dem Schwimmerbecken und dem Kinderplanschbecken eine Sitzeinheit als Abtrennung angebracht wird.

Gemeinderat Roman Heger fragt, wie der Antrag seiner Fraktion wegen des Spendens des Weihnachtssessens gehandhabt wird.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass die Reaktion uneinheitlich war. Es soll an dem Weihnachtssessen festgehalten werden, weil es als kommunikatives Element gesehen wird. Die Gemeinde werde Weihnachtssessen und Weihnachtsgeschenke beibehalten. Wer dann spenden wolle, kann dies in diesem Wert tun, oder die Gemeindeverwaltung informieren, dass auf das Weihnachtsgeschenk verzichtet wird. Am Essen sollten alle teilnehmen und wer dann spenden will, kann dies tun.

Gemeinderat Benjamin Speckert spricht den im Juli dieses Jahres eingereichte Zuschussantrag des ASV Rot zur Beseitigung des Pflanzenwachstums im Anglersee an und fragt, wie der Stand ist.

Er erinnert an seine Anfrage in der letzten Sitzung, in der er mitgeteilt habe, dass eine Lampe am Kindergartenweg hinter dem TSV-Heim defekt ist. Er bittet um Reparatur.

Bürgermeister Dr. Eger erinnert an die von der Gemeinde bezahlte teure Sanierung des Anglersees. Damals wurde darauf hingewiesen, dass auch von den Vereinen gewisser Pflegeaufwand besteht, dem man nachkommen muss, wie es auch bei anderen Vereinen ist. Der Antrag sei eingegangen und werde wie vom Gemeinderat gewünscht im Rahmen der Haushaltsberatungen behandelt und für 2012 eingestellt.

Gemeinderat Roland Hecker spricht die Resonanz des Wochenmarktes an und fragt, ob die Erwartungen der Beschicker erfüllt sind, oder die Gemeinde Schritte unternehmen müsse, dass der Wochenmarkt auch weiterhin erhalten bleibt.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass das Angebot des Wochenmarktes gut ist, allerdings werde dieses Angebot kaum in Anspruch genommen. Der Preis ist höher wie in den Supermärkten, allerdings sei die Ware und die Qualität gut.

Auf Nachfrage von **Gemeinderat Hecker** informierte Hauptamtsleiter **Braun**, dass der Einkauf beim Fisch- und Putenstand gut sei, bei den anderen weniger. Die Nachfrage müsse aus dem Ort kommen.

Laut **Gemeinderätin Anneliese Runde** sei die Tradition des Umtrunks nach der Sitzung in der letzten Zeit untergegangen. Deshalb haben sich verschiedene Gemeinderäte und ihre Fraktion zusammen getan, um die Geburtstage nachzufeiern, weshalb man sich nach der Sitzung zusammen setzen wolle.

Gemeinderat Siegfried Köck erinnert an den Vorschlag, dass die Marktstände in den Gemeindenachrichten vorzustellen, um über das Angebot auf dem Wochenmarkt zu informieren. Er bedankt sich, dass die Einschübe in den Tafeln an den Ortseingängen angebracht wurden. Er regt an, die Öffnungszeiten eventuell zu verlängern, um auch Berufstätigen den Einkauf zu ermöglichen.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass die Öffnungszeiten schon länger sind als an anderen Standorten.

Bürgermeister Dr. Eger schlägt vor, den anschließenden nichtöffentlichen Teil auf den kommenden Dienstag zu vertagen und die nichtöffentliche Sitzung vor der vorgesehenen nichtöffentlichen Ausschusssitzung zu terminieren.

Gemeinderat Adolf Geider protestiert gegen das Schließen der Sitzung, weil er sich noch zu Wort gemeldet habe.

Der folgende Beitrag von **Gemeinderat Adolf Geider** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut in das Protokoll aufgenommen:

„Werte Anwesende, Herr Dr. Eger. Aus einer der letzten Gemeinderatssitzung haben Sie im Gemeindeblatt behauptet, ich hätte ein Gerücht verbreitet. Dies ist aus meiner Sicht nicht in Ordnung. Zum Thema VfB- Zuschuss. Als es um das neue Mehrzweckgebäude ging, habe ich dem Bürger zur Kenntnis ausgesagt, dass diesem Verein in den letzten 10 Jahren über 1 Million Euro geflossen sind. Sie haben damals eine Überprüfung zugesagt mit der Maßgabe bei Nicht-Zutreffen bei einer Aussage auf diese Kosten über 1 Million Euro keine Aussage im Wortprotokoll zu gewährleisten. Aus Ihrer Sicht, meine Aussage stimme nicht, ist es für

mich verwunderlich, dass es trotzdem im Protokoll erschienen ist. Für diesen Angriff von Ihnen, Herr Eger, wollte ich damals meine Meinung bezüglich der Kosten äußern, worauf Sie dieses vehement abgelehnt haben. Dies ist so aber nicht akzeptabel, denn 385.000 Euro, die Sie nannten, ist nur ein Teilbetrag, die wichtigen Verkehrsmaßnahmen wie Brückenbauwerk und die Straßenführung sowie Strom und Wasser bildet den Gesamtbetrag von über 1 Million Euro. Danke für Ihre Aufmerksamkeit, bitte ins Wortprotokoll.“

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass er damals gesagt habe, dass die Aussage unter Vorbehalt gestellt werden muss, damit keine Gerüchte in die Welt gesetzt werden. Bei der Überprüfung sei festgestellt worden, dass der dem Verein zufließende Zuschussbetrag bei weitem keine Million betragen hat. Und die Kosten des Brückenbauwerks könne man dem Verein beim besten Willen nicht zuschlagen, weil es kein Zuschuss an den Verein war.

Bürgermeister Dr. Eger schließt die öffentliche Sitzung.

-/-